

Griechenland

Heinz-Jürgen Axt

Schon vor den Wahlen zum Europäischen Parlament kündigten Umfragen an, dass 2019 in Griechenland ein Richtungswechsel anstand: Die linke Regierungspartei SYRIZA (Synasmosmos Rizospastikis Aristera, Koalition der Radikalen Linken) büßte an Zustimmung ein, während die führende Oppositionspartei Neue Demokratie (Nea Dimokratia, ND) in der Wählergunst deutlich zulegte. Das Ergebnis der Europawahlen bestätigte die Umfragen. Die Neue Demokratie legte um fast 10 Prozent zu und SYRIZA verlor fast 3 Prozent. Nach dem für SYRIZA negativen Wahlausgang bei den Europawahlen kündigte Ministerpräsident Alexis Tsipras an, die nationalen Wahlen auf den 7. Juli 2019 vorzuverlegen.

Europawahl als Richtungswahl

Griechenlands Parteiensystem war seit Wiederherstellung der Demokratie im Jahr 1974 von der Dominanz zweier Parteien gekennzeichnet: der bürgerlich-liberalen Neuen Demokratie einerseits und der sozialdemokratischen PASOK (Panellinio Sosialistiko Kinima, Panhellenische Sozialistische Bewegung) andererseits. Das änderte sich drastisch nach Ausbruch der Schuldenkrise im Herbst 2009. Bei den Wahlen am 6. Mai 2012 kam die PASOK nur noch auf 13,2 Prozent. Bei den vorangegangenen Wahlen 2009 waren es noch 43,9 Prozent gewesen. Der Neuen Demokratie erging es nicht besser. Hatte sie 2009 noch 33,5 Prozent der Stimmen für sich verbuchen können, so waren es 2012 nur noch 18,9 Prozent. SYRIZA war dagegen ein Krisengewinner: Ihre Stimmanteile steigerten sich stetig von 4,6 Prozent 2009 auf 16,8 Prozent im Mai 2012. Bei der Wahl im Juni 2012 waren es schon 26,9 Prozent und im Januar 2015 konnte die Partei ihr bislang bestes Ergebnis mit 36,3 Prozent erreichen. Gemeinsam mit der kleinen konservativ-nationalistischen Partei ANEL (Anexartiti Ellines, Unabhängige Griechen) konnte SYRIZA die Regierung übernehmen. Neben SYRIZA konnte sich nur noch die Neue Demokratie behaupten. Ihre Stimmanteile blieben zwar hinter SYRIZA zurück, steigerten sich aber stetig. Als die Wähler im Januar 2015 zu den Urnen gerufen wurden, stimmten 27,8 Prozent für die Neue Demokratie.

Bei den Wahlen zum Europäischen Parlament 2019 konnte die Neue Demokratie unter Kyriakos Mitsotakis das im Mai 2014 erzielte Ergebnis von 22,7 Prozent auf 33,3 Prozent steigern. SYRIZA verlor fast 3 Prozent. Die übrigen Parteien mussten sich mit relativ bescheidenen Ergebnissen zufriedengeben (vgl. Tabelle 1). Die PASOK konnte nur noch im Bündnis mit anderen Parteien politisch überleben. Im Mai 2014 hatte das unter Führung der PASOK angetretene Wahlbündnis „Olivenbaum“ 8,0 Prozent erreicht. Gemeinsam mit zwei anderen Parteien (Demokratische Koalition und Bewegung Demokratischer Sozialisten) kam PASOK bei der Europawahl 2019 auf 7,5 Prozent. Die rechts-extreme Chrysi Avyi (Goldene Morgenröte), die 2014 mit 9,4 Prozent der Wahlstimmen noch auf dem dritten Platz gelandet war, erreichte 2019 nur noch 4,9 Prozent. Das ist insofern bemerkenswert, als eines der Zentralthemen der Partei, die Flüchtlingsbewegung, zumindest auf den griechischen Inseln noch immer eine starke Herausforderung darstellt.

Gut 4 Prozent konnte die erstmals auftretende nationalistisch-russophile Partei „Griechische Lösung“ (Elliniki Lysi) erreichen und die neu gegründete Partei „DiEM25“ (Bewegung Demokratie in Europa 2025), der auch der ehemalige Finanzminister Yannis Varoufakis angehört, konnte mit etwas über 3 Prozent die Sperrklausel von 3 Prozent überspringen. Trotz Wahlpflicht war die Wahlbeteiligung mit 59 Prozent vergleichsweise niedrig.

Tabelle 1: Ergebnisse der Wahlen zum Europäischen Parlament 2014¹ und 2019

	2014	2019
Neue Demokratie	22,7 Prozent	33,3 Prozent
SYRIZA	26,6 Prozent	23,7 Prozent
PASOK geführtes Wahlbündnis	–	7,5 Prozent
Kommunistische Partei Griechenlands	6,1 Prozent	5,5 Prozent
Goldene Morgenröte	9,4 Prozent	4,9 Prozent
Griechische Lösung	–	4,1 Prozent
DiEM25	–	3,1 Prozent
ANEL	–	0,8 Prozent

Quelle: Eigene Darstellung.

Im neu gewählten Europäischen Parlament wird die zur Europäischen Volkspartei (EVP) gehörende Neue Demokratie mit 8 Abgeordneten vertreten sein, sechs Sitze fielen an SYRIZA, die sich der Konföderalen Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke (GUE/NGL) angeschlossen hat. Zwei Abgeordnete des von der PASOK angeführten Wahlbündnisses stärken die Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament (S&D), ein Abgeordneter schloss sich den Europäischen Konservativen und Reformern (EKR) an und vier Abgeordnete gehören bislang keiner europäischen Fraktion an. In Griechenland hat bei der Europawahl 2019 wahrscheinlich mehr als in den übrigen Staaten die nationale Perspektive dominiert, ging es doch vor allem darum, die seit Januar 2015 im Amt befindliche und von SYRIZA angeführte Regierung zu beurteilen. Es half SYRIZA wenig, dass die Regierung kurz vor der Wahl umfangreiche Wahlgeschenke wie etwa den Aufschub einer mit den Gläubigern vereinbarten Rentenkürzung oder die Anhebung des Mindestlohns verteilte. Es waren gerade die jungen Wähler, die sich für die Neue Demokratie entschieden.² Auch bei den zeitgleich stattfindenden Kommunalwahlen schnitt die Neue Demokratie beeindruckend ab.

Nationale Parlamentswahl

Bei der Parlamentswahl am 7. Juli 2019 konnte sich die Neue Demokratie als Wahlgewinner feiern lassen. Wie Tabelle 2 zeigt, gewann sie über 10 Prozent hinzu. Da Griechenland mit seinem verstärkten Verhältniswahlrecht den Wahlgewinner mit 50 Abgeordneten

1 Europäisches Parlament: European Election Results, abrufbar unter: <https://www.election-results.eu> (letzter Zugriff: 15.7.2019). Das 2019 von der PASOK geführte Wahlbündnis trat 2014 in anderer Zusammensetzung an, ein direkter Vergleich ist daher nicht möglich. Die „Griechische Lösung“ und „DiEM25“ traten 2019 erstmals zur Wahl an.

2 Vgl. Henri Bohnet/Jeroen Kohls: Regierungswechsel nach Europawahl in Reichweite, Konrad Adenauer Stiftung, Länderbüro Griechenland, Länderbericht Mai 2019.

zusätzlich „belohnt“, errang die Neue Demokratie im 300 Abgeordneten zählenden Parlament mit 158 Mandaten die absolute Mehrheit und war auf keinen Koalitionspartner angewiesen. SYRIZA verlor 4 Prozent, PASOK verbesserte sich leicht, trat allerdings 2019 im Wahlbündnis KIDISO (Kinima Dimokraton Sozialiston, Bewegung demokratischer Sozialisten) an. Die Goldene Morgenröte ist im neuen Parlament nicht mehr vertreten, weil sie unter der Sperrklausel von 3 Prozent blieb. Zehn Abgeordnete vertreten die nationalistisch-russophile Griechische Lösung im Parlament. Die von Yannis Varoufakis gegründete und erstmals bei einer nationalen Wahl antretende Partei Mera25 („Europäische realistische Ungehorsams-Front“, Metopo Evropaikis Realistikis Anypakois) errang 9 Abgeordnete. Die Partei ordnet sich selbst als sozialdemokratisch ein. SYRIZAS ehemaliger Koalitionspartner ANEL trat zur Wahl 2019 nicht mehr an.

Tabelle 2: Parlamentswahl vom 7. Juli 2019

	2015		2019	
	Prozent	Sitze	Prozent	Sitze
Neue Demokratie	28,1	75	39,9	158
SYRIZA	35,5	145	31,5	86
KIDISO (2019), PASOK (2015)	6,3	17	8,1	22
Kommunistische Partei Griechenlands	5,6	15	5,3	15
Griechische Lösung	–	–	3,7	10
Mera25	–	–	3,4	9
Goldene Morgenröte	7,0	18	2,9	–
ANEL	3,7	10	–	–

Quelle: Eigene Darstellung.

Zehn Jahre nach Ausbruch der Krise

Im Herbst 2009 musste die Regierung mitteilen, dass sich Griechenland übermäßig verschuldet und keinen Zugang mehr zu den privaten Finanzmärkten hatte. Die nachfolgende Krise führt zu tiefen finanziellen, ökonomischen, sozialen, aber auch politischen Verwerfungen. Dass 2015 eine Koalition aus Links- und Rechtspopulisten die Regierung übernahm, ist ein Zeichen dafür, wie sehr die Verhältnisse in Griechenland aus dem Gleichgewicht geraten waren. Nachdem sich nach den Wahlen vom Juli 2019 abermals ein politischer Richtungswechsel vollzog, stellt sich die Frage, wie sich Griechenland in den letzten zehn Jahren entwickelt hat.

Das Problem der hohen Verschuldung ist noch lange nicht gelöst. Dass 2018 die öffentliche Verschuldung mit 334,573 Mrd. Euro und einem Anteil am Bruttoinlandsprodukt (BIP) von 181,1 Prozent den Spitzenwert in der Europäischen Union erreichte, hat natürlich damit zu tun, dass Griechenland der einzige Krisenstaat im Euroraum war, der insgesamt drei Rettungsprogramme in Höhe von 288,7 Mrd. Euro benötigte. Bei den übrigen Staaten genügte ein Kreditprogramm. Stärker als in diesen Staaten erlitt der Wohlstand in Griechenland einen tiefen Einbruch: Gegenüber 2007 ist das BIP vom Indikator 100 im Jahr 2007 auf 76,2 gefallen.

Griechenlands „moderne Renaissance“ stehe bevor, verkündete der griechische Ministerpräsident Alexis Tsipras, nachdem das dritte Rettungsprogramm im August 2018 beendet worden war und er den Haushalt für 2019, das erste „Post-Memorandum-Budget“, im

Dezember 2018 mit der knappen Mehrheit von 154 von 300 Stimmen durch das Parlament gebracht hatte. Wollte der Ministerpräsident eine rosige Zukunft prophezeien, so konnte er keineswegs sicher sein, dass statt der Europartner und des Internationalen Währungsfonds (IWF) künftig die Finanzmärkte Griechenland zu einem stabilitätspolitischen Kurs zwingen würden, indem Investoren von dem Land mit seinen wenig überzeugenden Reformfortschritten hohe Renditen verlangen.³ Bei der Ratingagentur Moody's liegt die Bonitätsnote noch immer vier Stufen unter dem investitionswürdigen Niveau. Als sich Griechenland jedoch im März 2019 erstmals seit 2010 wieder traute, eine zehnjährige Anleihe zu auszugeben, war die verlangte Rendite mit 3,63 Prozent zwar höher als in den übrigen Krisenstaaten – von Portugal und Spanien werden lediglich unter 2 Prozent verlangt –, doch war die Rendite für griechische Verhältnisse ungewöhnlich niedrig. Im Jahr 2017 hatte sie noch über 6,5 Prozent gelegen.⁴ Wenn es wohl kaum die erzielten Reformfortschritte sind, die die Finanzinvestoren überzeugen, dann könnten es aber doch die Renditen sein, die für risikobereite Anleger attraktiver erscheinen als in den übrigen EU-Staaten. Womöglich zeigten sich Investoren auch von dem sich ankündigenden Regierungswechsel überzeugt, denn im Mai 2019 sank die Rendite für zehnjährige Anleihen nach der Ankündigung von Neuwahlen auf 3,037 Prozent.

Soziale Verwerfungen

Die Krise hat tiefe Spuren in Griechenland hinterlassen. Im Jahr 2017 wurden 34,8 Prozent der Bevölkerung als „armutsgefährdet“ eingeschätzt, in der Europäischen Union waren es 22,5 Prozent.⁵ Das durchschnittliche Jahreseinkommen erreichte 2017 mit 17.513 Euro annähernd den Wert des Jahres 2000, als es 18.047 Euro betragen hatte. Bis zum Ausbruch der Krise 2009 hatte sich das Einkommen allerdings auf immerhin 22.230 Euro erhöht.⁶ Im Dezember 2018 wurde eine Arbeitslosenquote von 18,8 Prozent gemeldet, im EU-Durchschnitt waren es 6,6 Prozent. Die Jugend hatte und hat in Griechenland weiterhin unter der Arbeitslosigkeit zu leiden. 2013 waren es 58,3 Prozent ohne Arbeit. Der Wert sank im Januar 2019 zwar auf 39,7 Prozent, doch damit lag er noch immer deutlich über dem Wert der anderen „Programmländer“: 33,7 Prozent in Spanien, 20,0 Prozent auf Zypern, 16,5 Prozent in Portugal und 13,4 Prozent in Irland. Wenn in diesem Zusammenhang von einer „verlorenen Generation“ in Griechenland die Rede ist, so sollte beachtet werden, dass vor allem Griechen mit höherer Ausbildung keine Stelle finden. Die Kreditanstalt für Wiederaufbau merkte deshalb bereits 2014 treffend an:

„To reduce youth unemployment, at least two options are at hand: to start with a university reform which has been obstructed in the past massively, ironically by some student campaigners. A second step could be to reform vocational training. Other European states follow a model with a dual pillar training which combines training at school and in business rather successfully.“⁷

3 Vgl. Heinz-Jürgen Axt: Griechenland 2018: „annus mirabilis“ oder Disziplinierung durch die Finanzmärkte?, in: Südosteuropa-Mitteilungen, 2/2018, S. 20-37.

4 Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung: Griechenland wagt zehnjährige Anleihe, 5.3.2019, S. 23.

5 Vgl. Eurostat: Abwärtstrend beim Anteil der von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedrohten Personen in der EU, Pressemitteilung, 16.10.2018, abrufbar unter: <https://ec.europa.eu/eurostat/documents/299552/19310038/3-16102018-BP-DE.pdf/dafea596-6e56-4971-a7c3-f096fb6f6cb5> (letzter Zugriff: 4.6.2019); vgl. hierzu auch den Beitrag „Beschäftigungs- und Sozialpolitik“ in diesem Jahrbuch.

6 Vgl. Statista: Average annual wages in Greece from 2000 to 2017, abrufbar unter: <https://www.statista.com/statistics/416209/average-annual-wages-greece-y-on-y-in-euros/> (letzter Zugriff: 4.6.2019).

7 Vgl. Kreditanstalt für Wiederaufbau: Jugendarbeitslosigkeit in Südeuropa – Krisenfolge oder Fehler im System?, abrufbar unter: <https://www.kfw.de/PDF/Download-Center/Konzernthemen/Research/PDF-Dokumente-Fokus-Volkswirtschaft/Fokus-Nr.-43-Januar-2014.pdf> (letzter Zugriff: 4.6.2019).

Die Arbeitslosigkeit begünstigt die Auswanderung. Im Jahr 2017 lebten 6 Prozent der arbeitsfähigen Griechen im Alter von 20 bis 64 Jahren im Ausland. In Portugal waren es mit 13,9 Prozent und in Irland mit 8,8 Prozent noch mehr.⁸ Weil die Regierung Tsipras zur Konsolidierung der Staatsfinanzen eine Anhebung der Steuern einer Ausgabenkürzung vorgezogen hat, ist die Mittelschicht in Griechenland besonders unter Druck geraten. Seit 2008 ist ihr Einkommen jährlich um 6 Prozent gesunken und ist ihre Steuerbelastung jährlich um 8 Prozentpunkte des BIP angestiegen.⁹ Griechenland ist der EU-Mitgliedstaat mit dem höchsten Anteil an Selbstständigen. Da muss die Einschätzung dieser Personengruppe, ohne ausreichenden Gesundheitsschutz zu sein, beunruhigen: Hier erreicht Griechenland mit rund 75 Prozent den höchsten Wert aller EU-Staaten.¹⁰

Bekanntlich sind die Hilfskredite der Europartner und des IWF nur unter Auflagen zugeflossen. Griechenland musste sich auf umfangreiche Strukturreformen verpflichten, um einerseits die finanzielle Konsolidierung sicherzustellen und andererseits die Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern. Zur Frage, inwieweit diese Ziele erreicht wurden, bieten sich aktuelle internationale Rankings an. Das Ergebnis ist ernüchternd: Unter 190 Staaten platziert die Weltbank Griechenland 2019 auf Rang 72. Der „Global Competitiveness Report 2018“ des World Economic Forum weist Griechenland Platz 57 von 140 Staaten zu.¹¹ Erwähnenswert ist, dass Griechenland jedes Mal auf dem letzten Platz aller EU-Staaten landet. Sind bei den verlangten Strukturreformen lediglich bescheidene Fortschritte zu verzeichnen, so gibt es bezüglich der finanziellen Konsolidierung erkennbare, wenn auch begrenzte Fortschritte. Das Wachstum des BIP kam 2018 auf moderate 2 Prozent. Der Staatshaushalt wies 2018 einen Überschuss von 1,1 Prozent des BIP auf. In einer Vereinbarung mit den Gläubigern hat sich Griechenland verpflichtet, einen Primärsaldo in Höhe von 3,5 Prozent des BIP zu erzielen. Mit 4,3 Prozent wurde dieses Ziel 2018 erfüllt. Dass der vereinbarte Saldo leicht übertroffen wurde, hat im Vorfeld anstehender Wahlen die Regierung ermuntert, vereinbarte Rentenkürzungen auszusetzen.

Die Zahl der Europa erreichenden Flüchtlinge hat nachgelassen: Im ersten Halbjahr 2019 waren es 35.413 Personen, die in der Europäischen Union ankamen. Doch ist Griechenland noch immer das von den Flüchtlingen bevorzugte Ziel: 18.294 kamen im erwähnten Zeitraum dort an.¹² Im Jahr 2018 waren es 50.508 Geflohene, 167 starben bei der Überfahrt. Von April 2016 bis Ende 2018 wurden insgesamt 1.806 Personen im Rahmen der zwischen der Europäischen Union und der Türkei getroffenen Übereinkunft in die Türkei zurückgeführt, was einem Anteil von 2 Prozent aller Ankömmlinge in Griechen-

8 Vgl. Bertelsmann-Stiftung/Jaques Delors Institute: How are you doing, Europe? Mapping social imbalances in the EU, Gütersloh 2019, S. 20.

9 Vgl. OECD: Governments must act to help struggling middle class, abrufbar unter: http://www.oecd.org/social/governments-must-act-to-help-struggling-middle-class.htm?utm_source=newsletter&utm_medium=email&utm_campaign=Athens+Digest+12.04.2019 (letzter Zugriff: 4.6.2019) und OECD: Taxing Wages – Greece, abrufbar unter: http://www.oecd.org/tax/tax-policy/taxing-wages-greece.pdf?utm_source=newsletter&utm_medium=email&utm_campaign=Athens+Digest+12.04.2019 (letzter Zugriff: 4.6.2019).

10 Vgl. Bertelsmann-Stiftung/Jaques Delors Institute: How are you doing, Europe?, 2019, S. 17.

11 Vgl. World Bank: Doing Business 2019, abrufbar unter: http://www.doingbusiness.org/content/dam/doingBusiness/media/Annual-Reports/English/DB2019-report_print-version.pdf (letzter Zugriff: 4.6.2019); World Economic Forum: The Global Competitiveness Report 2018, abrufbar unter: <http://www3.weforum.org/docs/GCR2018/05FullReport/TheGlobalCompetitivenessReport2018.pdf> (letzter Zugriff: 4.6.2019).

12 Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung: In den Fängen der Schleuser, 3.7.2019, S. 2.

land entsprach.¹³ Die Lage auf den ägäischen Inseln ist angesichts der Zahlen der Neuankommlinge noch immer völlig unbefriedigend. Dort lebten am Stichtag 12. März 2019 15.422 Flüchtlinge, die Unterbringungskapazität beschränkte sich auf 8.423 Personen.¹⁴

Einigung im Namensstreit

Einen seit Beginn der 1990er Jahre bestehenden Streit mit seinem nördlichen Nachbarn hat Griechenland am 12. Juni 2018 beilegen können. War Griechenland bis dahin nicht bereit, den Nachbarn als „Mazedonien“ zu titulieren und war es auch nicht gewillt, dessen Annäherung an NATO und Europäische Union voranzubringen – 2008 blockierte Griechenland eine Einladung zur Aufnahme in die NATO –, so ist mit der bilateralen Einigung auf den Namen „Republik Nord-Mazedonien“ der Weg frei, das Land an NATO und Europäische Union heranzuführen.¹⁵ Entsprechend bemühte sich Russland, das Abkommen zu hintertreiben. Was außenpolitisch als bedeutender Akt der Entspannung gewertet werden muss, erwies sich innenpolitisch als heftiger Streit. Die Oppositionspartei Neue Demokratie widersetzte sich dem Namenskompromiss und wusste dabei die Mehrheit der Bevölkerung hinter sich. Der kleinere Koalitionspartner ANEL verließ die Regierung, diese verlor ihre Mehrheit im Parlament und war auf die Unterstützung einiger abtrünniger Abgeordneten angewiesen.¹⁶

Weiterführende Literatur

Alexander S. Kritikos/Lars Handrich/Anselm Mattes: Potentiale der griechischen Privatwirtschaft liegen weiterhin brach, DIW-Wochenbericht 29, Berlin 2018.

Nikos Chilas/Winfried Wolf: Die griechische Tragödie. Rebellion, Kapitulation, Ausverkauf, Wien 2016.

Stefan Maximilian Brenner: Die NATO im griechisch-türkischen Konflikt 1954 bis 1989, Berlin/Boston 2017.

13 Vgl. UNHCR: Returns from Greece to Turkey, 31.12.2018, abrufbar unter: <https://data2.unhcr.org/en/documents/details/67482> (letzter Zugriff: 3.7.2019).

14 Vgl. Hellenic Republic, Ministry for Citizens' Protection: National situational picture regarding the islands at the Eastern Aegean Sea, 12.3.2019, abrufbar unter: https://infocrisis.gov.gr/images/prosfygiko/NSP_Eastern_Aegean_12.03.pdf (letzter Zugriff: 4.6.2019).

15 Vgl. hierzu auch die Beiträge „Nordmazedonien“ und „Südosteuropapolitik“ in diesem Jahrbuch.

16 Das Abkommen ist abrufbar unter: <https://vmacedonia.com/politics/macedonia-greece-agreement.html> (letzter Zugriff: 26.7.2019). Vgl. auch Christian Hagemann: Goodbye FYROM, Welcome North Macedonia. Solving the Name Dispute between Greece and North Macedonia, in: Südosteuropa-Mitteilungen, 1/2019, S. 6-19.